



Niederschrift

Sitzung Kulturausschuss

25. Juli 2025, 16:30 Uhr

öffentlich (bis 18 Uhr)

Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz

Vorsitz: Bürgermeister Dr. Albert Käuflein

Teilnehmende und Entschuldigte siehe Anwesenheitsliste

Protokoll: Claudia Lahn

TOP 1: Kulturkonzept – Struktur und Vorgehensweise zur Fortführung des Konzepts 2025, Status quo (Vorlage: 2025/0069) Beschluss: Kenntnisnahme

- Bürgermeister Dr. Albert Käuflein informiert, dass das „Kulturkonzept 2025 der Stadt Karlsruhe“ vor etwa 10 Jahren, am 20. Mai 2014, vom Gemeinderat verabschiedet wurde. Mit der Vorlage zur heutigen Sitzung möchte die Verwaltung über Struktur und Vorgehen zur Weiterentwicklung informieren.
- Dr. Dominika Szope (Leiterin des Kulturamtes) verweist auf die Kulturwerkstatt am 27. Juni 2025 im Badischen Staatstheater, in der die weiteren Überlegungen zum Kulturkonzept auf eine breite Basis gestellt wurden. Nächste Woche tagt die Begleitgruppe zu den Ergebnissen und zur weiteren Vorgehensweise. Es werde ein weiteres großes Treffen stattfinden. Im zweiten Halbjahr erfolge eine weitere Information der Kulturausschuss-Mitglieder. Man sei im Zeitplan mit dem Ziel, Ende 2026 ein fortgeschriebenes Kulturkonzept zu haben.
- Stadträtin Dr. Susanne Heynen (GRÜNE) erklärt, dass ihre Fraktion den Prozess und die Ziele, die genannt seien, unterstützen werde. Sie bekräftigt die Tatsache, dass ein Kulturkonzept nicht unabhängig von der finanziellen Situation fortgeschrieben werden könne. Sie betont, dass es sehr wichtig sei, Kriterien zu entwickeln.
- Dr. Dominika Szope antwortet auf Nachfrage von Stadträtin Böringer (FDP), dass die Handlungsfelder des Kulturkonzepts 2025 bereits evaluiert wurden. Die Evaluierung werde in die Fortschreibung einfließen und veröffentlicht. Es gehe vor allem um die Frage, ob die Handlungsfelder noch aktuell seien oder verändert werden müssen.

TOP 2: Medienbus neu gedacht: alternative Konzepte für die Zukunft (Vorlage: 2025/0352) Beschluss: Kenntnisnahme

- Präsentation von Maren Krähling (Leiterin der Stadtbibliothek Karlsruhe)
- Stadträtin Jorinda Fahringer (GRÜNE) bedankt sich für die gute Vorlage und fragt, wann der Gemeinderat über das Thema beschließen werde, insbesondere auch im Hinblick auf die notwendige Einbindung der Höhenstadteile. Ihre Fraktion werde dem Vorschlag folgen.

- Bürgermeister Dr. Albert Käuflein antwortet, dass entsprechende Finanzmittel in den Entwurf des Doppelhaushaltes 2025/26 aufgenommen worden seien, der im Rahmen der Haushaltsberatungen am 22. Dezember 2025 beschlossen werde.
- Stadträtin Dr. Rahsan Dogan (CDU) fragt nach Feedback aus den Ortschaftsräten und aus den Stadtteilen und schlägt vor, in den Stadtteilen ohne Ortschaftsrat mit den Bürgervereinen ins Gespräch zu kommen.
- Maren Krähling antwortet, dass sie mit den Ortsvorstehern der Höhenstadtteile im Gespräch sei und deren Ideen auch in die Vorlage eingeflossen seien. In die Ortschaftsräte werde die Vorlage nach der Sommerpause eingebracht. Dann solle auch das Gespräch mit den Bürgervereinen aufgenommen werden.
- Stadträtin Elke Ernemann (SPD) lobt die Vorlage. Sie erläutert, dass die Idee einer Stadtteilbibliothek für Hohenwettersbach im Kontext mit der Erweiterung der Schule im Lustgarten gesehen werden müsse. Die Schule müsse aufgrund des Rechtsanspruchs zur Ganztagesbetreuung für Grundschüler*innen erweitert werden. Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie wurde geprüft, ob ein Bibliotheksraum in die Schule integriert werden kann. Dieser Raum sei dann für die Öffentlichkeit nutzbar. Die Ausleihzahlen seien in den Höhenstadtteilen und insbesondere in Hohenwettersbach am höchsten. Das erforderliche Personal werde durch ehrenamtliche Kräfte erbracht.
Auf ihre Frage nach der aktuellen Reparatur des Medienbuses antwortet Maren Krähling, dass der Medienbus voraussichtlich im Herbst wieder fahre.
- Stadtrat Michael Haug (FDP/FW) findet die Vorlage sehr gut und betont, dass es wichtig sei, dass die Menschen am Medienbus beraten werden. Seine Fraktion werde dem Vorschlag folgen.
Auf seine Frage nach den Personalkosten im Hinblick auf eine mögliche Einsparung des Medienbus-Fahrers antwortet Maren Krähling, dass vorhandenes Bibliothekspersonal eher motiviert werden könne, ein kleineres Mobil zu fahren, anstatt einen riesigen Bus. Mit der vorgeschlagenen Empfehlung sei man personell flexibler.
- Stadträtin Anne-Kathrin Berghoff (DIE LINKE) bedankt sich für die Vorlage und führt aus, dass ihre Fraktion ein aufsuchendes Modell befürworten würde. Den Medienbus durch einen Automaten zu ersetzen, fände sie schlimm.
- Stadtrat Oliver Schnell (AfD) sagt, seine Fraktion könne bei einem Knirpsmobil mitgehen, wenn es in den Höhenstadtteilen Akzeptanz finde. Ein Silberflitzer stelle aus Kostengründen für seine Fraktion keine Alternative dar.
- Stadtrat Tilman Pfannkuch (CDU) betont, dass man in allen Höhenstadtteilen eine gründliche Diskussion führen müsse. Unglücklicherweise musste das Thema im Ortschaftsrat Stupferich von der Tagesordnung abgesetzt werden.
Er ermutigt in diesem Zusammenhang, das „Entwicklungskonzept Höhenstadtteile“ wieder aufzugreifen.
- Bürgermeister Dr. Albert Käuflein erläutert, dass die umfangreiche Vorlage zum Medienbus einen längeren internen Abstimmungsbedarf gehabt habe und eine Beratung in den Ortschaftsräten daher noch nicht möglich gewesen sei. Man befinde sich erst am Anfang der Diskussionen.
- Auf die Frage von Stadtrat Dr. Anton Huber (SPD), wo das Thema im Haushalt abgebildet sei, antwortet Jochen Schulz (Leiter Abteilung Allgemeine Verwaltung & Zentrale Dienste im Kulturamt), dass Mittel im Entwurf des Investiv-Haushalts 2025/26 vorgesehen seien. Aufgrund der Vorlaufzeiten bei der Mittelanmeldung sei man seinerzeit von einer Ersatzbeschaffung des Medienbusses bei laufendem Personal ausgegangen.

- Maren Krähling antwortet auf die Frage von Stadträtin Jorinda Fahringer (GRÜNE), dass alle Alternativen miteinander kombinierbar seien.
- Dr. Dominika Szope gibt zu bedenken, dass die Box-Variante schwierig zu versetzen sei.
- Bürgermeister Dr. Albert Käuflein fasst zusammen, dass die Kosten für einen Ersatzbus, der mit vorhandenem Personal gefahren werde, im Entwurf des Doppelhaushaltes vorgesehen seien. Die Verwaltung schlage in der Vorlage anstatt einem Ersatzbus ein Knirpsmobil, eine kleine Stadtteilbibliothek für Hohenwetttersbach und eine Bücherbox vor. Wobei letzteres zum Teil kritisch gesehen werde. Mit diesem Vorschlag ginge man nun in die Ortschaftsräte und komme dann mit einem Beschlussvorschlag auf den Gemeinderat zu.

TOP 3: Beteiligung der Stadtbibliothek Karlsruhe als außerschulische Partnerin im Ganzttag (Vorlage: 2025/0354)
Beschluss: Kenntnisnahme

- Maren Krähling stellt das Projekt vor.
- Die Vorlage wird ohne weitere Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

TOP 4: Jahresbericht 2024 des Kulturamtes (Vorlage: 2025/0353)
Beschluss: Kenntnisnahme

- Bürgermeister Dr. Albert Käuflein erläutert, dass der Bericht aufzeige, womit das Kulturamt mit seinen 5 Abteilungen - Kulturbüro, Stadtbibliothek, Städtische Galerie, Archiv & Historische Museen, Verwaltung/Zentrale Dienste - im zurückliegenden Jahr befasst war. Er bedankt sich bei den Mitarbeiter*innen für die geleistete Arbeit.
- Dr. Dominika Szope antwortet auf Nachfrage von Stadtrat Oliver Schnell (AfD), dass der Bericht nach der Kulturausschuss-Sitzung veröffentlicht werde.
- Stadträtin Dr. Susanne Heynen (GRÜNE) bedankt sich für die gelungene Darstellung der vielfältigen Angebote mit denen das Kulturamt in die Stadt gehe und schließt sich dem Dank an die Mitarbeiter*innen des Kulturamtes an.

TOP 5: Kommunale Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit (Vorlage: 2024/1112)
Beschluss: Kenntnisnahme

- Bürgermeister Dr. Albert Käuflein verweist auf das Positionspapier „Kommunale Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit“ des Runden Tisches Antirassismus und Antidiskriminierung (RT ARAD), das der Gemeinderat am 24. Oktober 2023 beschlossen hat. Zum Stand der Umsetzung führt er aus, dass die Verwaltungsspitze in Abstimmung mit den Fraktionen des Gemeinderates beabsichtige, die bisherige Bearbeitung des Themenfeldes Chancengerechtigkeit und Vielfalt in einer dem Dezernat 1 zugeordneten Organisationseinheit zu bündeln.
- Stadträtin Jorinda Fahringer (GRÜNE) bedankt sich für die Aufnahme des Themas in die Tagesordnung. Sie fragt, was mit dem bereitgestellten Budget in Höhe von 30.000 Euro passiert sei und ob und in welchem Umfang das Thema in die Ämter und Dienststellen

getragen worden sei. Ihre Fraktion wünsche sich mehr Durchleuchtung. Aus der Vorlage sei aber ersichtlich, dass daran gearbeitet werde.

- Dr. Dominika Szope erläutert, dass es schwierig sei, Kolleginnen und Kollegen aus der Verwaltung zu diesem Thema mit ins Boot zu nehmen. Sie hoffe daher auf die geplante Organisationseinheit beim Oberbürgermeister. Der Prozess habe sich verzögert. Das Kulturstadamt habe daher in kleinen Schritten überlegt, was in der Umsetzung dennoch möglich sei. Beispielsweise wurden zusammen mit dem Personal- und Organisationsamt die städtischen Fortbildungen im Hinblick auf das AGG geprüft. Personalamt, Ordnungsamt und Schul- und Sportamt seien nun unter neuer Leitung erfreulicherweise engagiert in den Prozess eingestiegen. Bezüglich der Verwendung des Budgets antwortet Dr. Dominika Szope, dies werde für die Gesamtkonzeption und -koordination des Prozesses sowie - auf Wunsch des Oberbürgermeisters - für die Fortführung der Runden Tische (Planung, Miete, Catering, Moderation) benötigt.

**TOP 6: Erinnerungsmal für die migrantischen Opfer des Brandanschlags in der Markgrafenstraße 41 im Jahr 1996 (Vorlage: 2025/0355)
Beschluss: Kenntnisnahme und Zustimmung zum Gestaltungsentwurf**

- Präsentation von Dr. Katrin Dort (Leiterin Stadtarchiv & Historische Museen)
- Stadträtin Ceren Akbaba (GRÜNE) bedankt sich für die Umsetzung und betont, dass Migrantinnen und Migranten Bestandteil unseres Stadtlebens seien. Dazu gehöre auch das Gedenken an ihre Schicksale. Sie nennt die Namen Fethiye und Alahittin Yilmaz sowie Huseyin Evcim, die damals zu Tode kamen. Sie fragt nach, warum die Umsetzung eines Erinnerungsmals in diesem Fall so lange gedauert habe und warum diese Form des Gedenkens bisher keine Aufnahme in den „Leitfaden zur Erinnerungskultur im öffentlichen Raum in Karlsruhe“ gefunden habe.
- Bürgermeister Dr. Albert Käuflein führt aus, dass die Realisierung des Erinnerungsmals ein persönliches Anliegen von Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup auf Anregung des Türkischen Generalkonsuls in Karlsruhe sei.
- Dr. Katrin Dort ergänzt, dass es vor etwa 10 bis 15 Jahren bereits einen Vorstoß für ein Erinnerungsmal gegeben habe, das aber nicht realisiert wurde. Inzwischen habe sich die politische Situation und das Bewusstsein in der Erinnerungskultur verändert.
- Bürgermeister Dr. Albert Käuflein bewertet den Gestaltungsentwurf als sehr würdig und wertig. Er führt weiter aus, dass die Motivlage für den Brandanschlag bis heute ungeklärt sei.

**TOP 7: Vereinbarung einer Bildungspartnerschaft zwischen der Bau- und Architekturgeschichte am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) und dem Stadtarchiv Gestaltungsentwurf (Vorlage: 2025/0334)
Beschluss: vorberaten ohne Änderungen**

- Bürgermeister Dr. Albert Käuflein informiert zum Thema.
- Aus dem Gremium gibt es keine weiteren Wortmeldungen.

**TOP 8: Rote Sandsteinstele zur Erinnerung an die Deportation und Ermordung der
Karlsruher Sinti*zze und Rom*nja am 16. Mai 1940
(Antrag: GRÜNE, Vorlage: 2025/0072/1, verwiesen aus HFA am 11.03.2025)
Beschluss: Kenntnisnahme und Zustimmung zum Gestaltungsentwurf**

- Bürgermeister Dr. Albert Käuflein führt aus, dass der Kulturausschuss zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 11. März 2025 zu diesem Thema eingeladen war. Heute gehe es um Inhalte und Gestaltung. Er verweist auf die Stellwand im Saal mit einem Ausdruck in Originalgröße sowie auf die eingeblendete Projektion. Als Standort ist der Waldhornplatz vorgesehen, es sei denn, der Gemeinderat beschließe einen anderen Standort.
- Stadträtin Dr. Susanne Heynen (GRÜNE) äußert große Zustimmung zum Gestaltungsentwurf. Zur Frage des Standorts sei ein Bezug zur Familie Reinhardt sinnvoll. Seit der Deportation 1940 habe es nun lange Zeit gedauert.
- Bürgermeister Dr. Albert Käuflein fasst zusammen, dass sich der Kulturausschuss für die vorgestellte Gestaltung sowie für den Waldhornplatz oder für eine Platzbenennung mit Bezug zur Familie Reinhardt ausspricht.

**TOP 9: Kommunale Aufarbeitung der Kinderverschickung in Karlsruhe
(Antrag: GRÜNE, Vorlage: 2025/0071, verwiesen aus Gemeinderat am
18.02.2025)
Beschluss: vorberaten ohne Änderungen**

- Stadträtin Dr. Susanne Heynen (GRÜNE) berichtet von Begegnungen und Schriftverkehr mit betroffenen Menschen, die unterstreichen, dass das Thema ein wichtiges Anliegen sei. Es sei nachvollziehbar, dass eine Aufarbeitung in der aktuellen Haushaltssituation schwierig sei. Sie dankt den Badischen Neuesten Nachrichten (BNN) für die Berichterstattung zum Thema.
- Dr. Katrin Dort erklärt, dass die Pädagogische Hochschule Interesse an einer Vorstudie habe.
- Bürgermeister Dr. Käuflein fasst zusammen, dass der Antrag mit der Beratung formal erledigt sei, die Verwaltung aber am Thema dranbleibe und berichten werde.

**TOP 10 / 10.1: Seebühne stärker nutzen ((Antrag: SPD, Vorlage: 2024/0884/1) und
Gastronomie-Betreiber in Eventmanagement der Seebühne einbeziehen
(Antrag: CDU, Vorlage: 2024/0884/2)
verwiesen aus Gemeinderat am 29.04.2025
Beschluss: vorberaten ohne Änderungen**

- Bürgermeister Dr. Albert Käuflein begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Dr. Matthias Reinschmidt (Direktor Zoo) und Doris Fath (Leiterin des Gartenbauamtes).
- Stadtrat Tilman Pfannkuch (CDU) ist überzeugt, dass eine Bespielung der Seebühne möglich sein müsse. Offensichtlich gebe es eine Nachfrage und Ideen aus den Musikvereinen. Dies könne eine niederschwellige Lösung sein.
- Stadtrat Dr. Anton Huber (SPD) höre von vielen Seiten, dass eine Bespielung gut wäre. Das Vorhaben sei vor allem mit Blick auf die Haushaltssituation nicht erzwingbar und müsse interfraktionell geklärt werden.

- Stadträtin Jorinda Fahringer (GRÜNE) betont, die Seebühne sei etwas Besonderes. Aber egal, wie eine Bespielung realisiert werde, in jedem Fall seien Ressourcen beziehungsweise ein Haushaltsantrag notwendig. In ihrer Fraktion gebe es aktuell andere Prioritäten.
- Dr. Dominika Szope erläutert, dass das Kulturamt beziehungsweise das Kulturbüro keine Ressourcen habe, sondern Personal gekürzt werde. Dennoch gebe es zahlreiche Anfragen zur Bespielung der Seebühne.
- Dr. Matthias Reinschmidt ergänzt, dass beim Zoo 8,5 Stellen gekürzt werden müssen, er aber Möglichkeiten sehe, auf kleinem Niveau die Organisation für circa 10 Veranstaltungen im Jahr zu übernehmen. Infrastruktur und Technik würden allerdings nicht in der Verantwortung des Zoos liegen.
- Doris Fath erläutert, dass beim Gartenbauamt 58 Stellen abgebaut werden müssen. Sie könne sich vorstellen, dass Zoo und Kulturamt Organisation und Terminabstimmung übernehmen. Aber wer greife beispielsweise in die Tasche, wenn GEMA-Gebühren fällig würden?
- Dr. Dominika Szope sagt, ihr Amt könne die Anfragen weiterleiten, es werde aber im Kulturbüro künftig keine Person geben, die speziell für die Bespielung der Seebühne zuständig sein wird.
- Stadträtin Anne-Kathrin Berghoff (DIE LINKE) schlägt vor, Prioritäten und Energie auf die Bühnen zu konzentrieren, die bereits bespielt werden und vielleicht bald nicht mehr.
- Stadtrat Oliver Schnell (AfD) könne sich Konzerte einmal im Monat vorstellen. Er frage nach, wer die Reinigung übernehme. Für ihn sei das saubere Verlassen der Bühne durch die Nutzer*innen selbstverständlich.
- Dr. Matthias Reinschmidt ergänzt, dass 1.200 Sitzplätze sauber gehalten und beispielsweise von Laub befreit werden müssen.
- Stadträtin Dr. Susanne Heynen (GRÜNE) sagt, dass für sie, auch nach der heutigen Diskussion, weiterhin unklar sei wie eine Bespielung der Seebühne trotz Einsparungen im Haushalt machbar sei.
- Bürgermeister Dr. Albert Käuflein verspricht, dass sich Zoo, Kulturamt und Gartenbauamt Gedanken machen würden. Noch sei nichts beschlossen. Die Anträge seien damit formal erledigt.

TOP 11: Verschiedenes

- **Rückblick 11. KinderLiteraturtage in Karlsruhe (KLik)**
Der Vorsitzende berichtet, dass zum Ende der 11. KinderLiteraturtage in Karlsruhe (KLik) mehr als 4.500 Kinder- und Jugendliche an den Lesungen, Workshops und Projekten teilgenommen hätten. Das Interesse sei so hoch gewesen, dass erstmals Anfragen für circa 550 Schüler*innen abgelehnt werden mussten.
- **Braunes Haus**
Bürgermeister Dr. Albert Käuflein informiert über das sogenannte „Braune Haus“ in der Ritterstraße 28-30, einem ehemaligen Zellentrakt aus der NS-Zeit. Die Gestapo führte in dem Haus Verhöre durch, auch unter Anwendung von Gewalt und Folter. Die Räume im Keller seien noch erhalten, jedoch ohne Inventar. In einer der Zellen seien Einritzungen sichtbar. Eigentümer der Immobilie sei das Land. Eine allgemeine Zugänglichmachung der Räumlichkeiten sei schwierig, unter anderem um eine übermäßige Gefährdung der empfindlichen Überreste durch Publikumsverkehr zu vermeiden. Ziel sei daher, den Zustand zu erhalten.
- **Kunst im öffentlichen Raum: Flora Momentum**

Der Vorsitzende informiert, dass seit Mai 2025 die Kunstinstallation FLORA MOMENTUM auf dem Stephanplatz realisiert wurde, mit dem Ziel, den öffentlichen Raum kulturell und sozial aufzuwerten. In der Vorstellung des Projekts in der Juni-Sitzung des Kunstbeirates waren Kostenübernahme von Versicherung und Reinigung noch unklar. Vorgesehen sei nun, dass die Reinigung künftig durch den Verein südliche Waldstraße erfolge und die Versicherung das Kulturamt übernehmen werde. Bürgermeister Dr. Albert Käuflein freut sich, dass die neun funktionalen Objekte mit Sitzgelegenheiten, Begrünung und Lichtinstallationen nun verstetigt werden können.

- **Bandprojekt**

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Bandprojekt Karlsruhe e.V. in einem Brief an die Gemeinderatsfraktionen darüber informiert habe, dass das Proberaumzentrum am Standort Molkereizentrale nicht verwirklicht werden könne, da der Eigentümer sich zurückgezogen habe. Es gab Einsprüche und Klagen aus Teilen der Nachbarschaft. Auf Nachfrage von Stadtrat Lüppo Cramer (KAL), was in dieser Sache nun konkret weiter passiere, erläutert Dr. Dominika Szope, dass die dringende Notwendigkeit der Schaffung von Musikproberäumen bleibe. Das Kulturamt sei hierzu in enger Abstimmung mit dem Bandprojekt.